

Indiens nationale und internationale Klimapolitik

Joachim Betz

Nachdem Indien auf den Klimakonferenzen in Kopenhagen (2009) und Cancún (2010) überraschenderweise erstmals Zugeständnisse an verpflichtenden Eigenanstrengungen zur Abwendung der Klimakatastrophe gemacht hat, ist es auf der Konferenz in Durban (Ende 2011) ebenso überraschend wieder zu seiner traditionellen Verweigerungshaltung zurückgekehrt.

Analyse

Indien wurde bislang als eine der hauptsächlichen Bremskräfte eines effektiven internationalen Klimaregimes angesehen, das auch allen aufstrebenden Mächten eine Beteiligung bei der Eindämmung der Erderwärmung abverlangen würde. Diese Position ist bei den letzten Klimagipfeln unter zunehmende Kritik geraten, auch von Seiten ärmerer Entwicklungs- und Inselstaaten sowie von Umweltgruppen im Land selbst. Als Reaktion darauf hat die indische Regierung erstmals auf dem Klimagipfel in Kopenhagen eine freiwillige, nicht international überwachte Verpflichtung zur Senkung seiner Emissionen angekündigt. Dieser Kurskorrektur auf dem internationalen Parkett ging eine wahre Flut von nationalen Umwelt- und Klimainitiativen voraus.

Dieser moderate Wandel der indischen Klimapolitik erklärt sich

- aus Lerneffekten, nämlich erstens der Wahrnehmung, dass Indien zu den Ländern gehören wird, die am meisten unter weiterer Erderwärmung zu leiden haben werden, und zweitens der Erkenntnis, dass Indien angesichts rückläufiger fossiler Energiequellen ohnedies nicht darum herunkommt, Energie effizienter einzusetzen;
- mit dem Wunsch der indischen Regierung als verantwortungsbewusster internationaler Akteur wahrgenommen zu werden, dem daher auch größere Mitsprache in Internationalen Organisationen zukommt, ein Wunsch, der durch die zunehmende Isolation Indiens auf den Klimagipfeln nicht gerade gefördert wurde;
- aus der politischen Stärkung umweltfreundlicher Gruppen und Verbände in Indien.
- Jenseits dieser Gründe darf man nicht vergessen, dass die Selbstverpflichtung Indiens in Kopenhagen keinen revolutionären Wandel erzwingt – mehr wäre mit dem Einsatz bekannter, vergleichsweise kostengünstiger Neuerungen möglich gewesen.

Schlagwörter: *Klimapolitik, Kyoto-Protokoll, Klimagase, Energieeinsparung*

Indiens Position in den internationalen Klimaverhandlungen

Nach offiziellen indischen Erklärungen sind hauptsächlich die seit der Industriellen Revolution durch die etablierten Industriestaaten emittierten Treibhausgase (drei Viertel des Gesamtausstoßes) für den Klimawandel verantwortlich. Diese Staaten müssten daher zuerst tätig werden, im Einklang mit den Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls, bevor Verpflichtungen von ärmeren Staaten erwartet werden könnten. Insbesondere die Emissionen Indiens betragen pro Kopf nur rund 25 Prozent des Durchschnitts der wohlhabenden Industrienationen (Prasad und Kochher 2009; Saran 2009). Globale Gerechtigkeit erfordere aber, dass jeder Erdenbürger gleiche Emissionsrechte habe; bis zu dieser Grenze müsse also Indien seine Emissionen auch steigern dürfen. Klimaschutz dürfe nicht zu Lasten der Entwicklung gehen; in Indien sei absolute Armut aber noch weit verbreitet, beachtliche Teile der Bevölkerung (immerhin rund 40 Prozent) seien nicht einmal ans Stromnetz angeschlossen, ein wirtschaftliches Wachstum von 8 bis 9 Prozent pro Jahr sei zur Lösung der sozialen Probleme notwendig. Rechtlich verlange das Kyoto-Protokoll von Entwicklungsländern auch keine bindenden Verpflichtungen, im Übrigen seien die Industriestaaten ihren Reduktionsverpflichtungen aus diesem Vertrag nur sehr begrenzt nachgekommen. Indien sei bislang auch nur ein kleiner Emittent, emissionsintensiver Konsum und der individuelle Besitz von Kraftfahrzeugen seien rar, die indische Mittelschicht noch recht schmal. Schließlich habe Indien selbst schon in für seine Armut beachtlichem Maße Anstrengungen unternommen, die Umweltbedingungen zu verbessern und die Energieintensität seiner Wirtschaft und den Ausstoß an Klimagasen zu reduzieren (Prasad und Kochher 2009).

Diese Argumente können nur teilweise überzeugen: Es gibt erstens keine bindende völkerrechtliche Verpflichtung, vergangenes Unrecht wiedergutzumachen; dies ist ausschließlich ein moralisches, wenn auch nicht unbedingt wirkungsloses Argument. Indien ist zweitens zwar nur für aktuelle etwa 4,8 Prozent der globalen Klimagasemissionen verantwortlich, wird diesen Anteil nach Prognosen der Internationalen Energieagentur bis zum Jahr 2035 aber auf 9,6 Prozent steigern und dann auf Platz drei nach China und den USA liegen (IEA 2010). Schon der jetzt verbleiben-

de globale Spielraum für zusätzliche Emissionen ist extrem begrenzt, wenn die globale Temperatur um nicht mehr als zwei Grad ansteigen soll; er würde vollkommen vom Mehrausstoß Chinas und Indiens absorbiert, wenn diese nicht selbst auch zum Abbremsen des Klimawandels beitragen, fast gleichgültig, wie sich die Industriestaaten verhalten. Im **Übrigen sind entsprechende Bemühungen** in Entwicklungsländern (pro eingesparte Einheit Klimagase) deutlich billiger, weil vorhandene Technologien und einfache Energiesparmaßnahmen genutzt werden können (World Bank 2011).

Drittens versteckt sich Indien nicht nur hinter ärmeren Entwicklungsländern mit geringerem Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens, geringerer Exportdynamik, geringeren Devisenreserven und deutlich schwächeren oder inexistenten Industrie-sektoren zur Erzeugung regenerativer Energien. Es versteckt sich auch hinter den Armen im eigenen Land: Der sogenannte „carbon footprint“ der reichsten Schicht in Indien (tendenziell auch der konsumfreudigen Mittelschicht) unterscheidet sich nicht von jenem der Wohlhabenden in Industriestaaten. Jede Prognose der indischen Entwicklung geht von einem hohen Wachstum dieser Schichten und ihres klimabeeinträchtigenden Konsums an Kraftfahrzeugen, Klimaanlage und Haushaltsgeräten aus (vgl. etwa Asian Development Bank 2011). Es ist falsch, dass jegliche Investition in eine grüne Zukunft die verfügbaren Ressourcen für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt sowie die Armutslinderung mindert. Indien ist bereits ein bedeutender Produzent von konkurrenzfähigen Anlagen für Wind- und Solarenergie, es gibt ferner beachtliche Synergieeffekte zwischen der Entwicklung grüner Technologien und allgemeinem technologischen Fortschritt (Ellis, Baker und Lemma 2009; IEA 2011). Außerdem mindern viele staatliche Ausgaben und Subventionen (für Strom, Wasser, Düngemittel) den staatlichen Spielraum für umweltschonende Investitionen, ohne die angestrebten sozialen Effekte zu erzielen. Etliche an sich sinnvolle Maßnahmen zur besseren Nutzung von Energie (etwa die Verminderung der Transmissionsverluste, die Effizienzsteigerung der Kraftwerke, die Verringerung von Stromsubventionen) würden günstige Nebeneffekte in Bezug auf die Minderung von Klimagasemissionen hervorrufen.

Es ist viertens zwar richtig, dass die Energieintensität der Produktion in Indien sinkt, also bereits Auswirkungen klimapolitischer Maßnahmen sichtbar werden, allerdings geschieht dies in deutlich

schwächerem Maße als in China (1990-2009: 2,2 zu 4,6 Prozent pro Jahr) (ABB 2011). Überdies ist das Sinken dem geringen und stagnierenden Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt geschuldet, ein Faktor, der sich im Zuge des vorhersagbaren Strukturwandels umkehren dürfte.

Es ist jedoch nicht die mittlerweile auch von heimischen Experten (vgl. Rajamani 2007; Dubash 2009) bemängelte analytische Schwäche der indischen Argumente, welche die Regierung international zum zeitweiligen Einlenken bewogen hat. Dies geschah kurz vor der Klimakonferenz in Kopenhagen, auf der die australische Regierung eine vergleichsweise schwache Version eines Kyoto-Nachfolgeregimes vorlegte, das die Unterschiede zwischen Industrie-(Annex I-)Ländern und den restlichen Ländern in Bezug auf Reduktionsverpflichtungen beseitigt hätte und zwar im Austausch gegen eine großzügige Unterstützung bei den Minderungs- und Anpassungsbemühungen in Bezug auf den Klimawandel. Ziel dieser Initiative war es, die USA endlich mit ins Boot zu holen, die ihrerseits darauf aus waren, die Front der Gruppe der 77 zu spalten und die aufstrebenden Volkswirtschaften (also auch Indien) zur Übernahme von Verantwortung zu zwingen. Auf diesen Druck reagierten andere aufstrebende Mächte (Brasilien, China, Indonesien und Südafrika) mit einseitigen, freiwilligen, zum Teil ehrgeizigen Selbstverpflichtungen zur relativen (bezogen auf die „business as usual“-Entwicklung) Emissionsminderung. Da mochte die indische Regierung, trotz vorheriger Absprache mit China über ein kompromissloses Festhalten an der Trennung der zwei Ländergruppen im Kyoto-Protokoll, nicht mehr abseits stehen und bot ihrerseits eine Minderung der Emissionsintensität um 20 bis 25 Prozent bis zum Jahr 2020 an, sehr zur Verärgerung der Opposition, aber auch von Umweltorganisationen zu Hause. So konnte die amerikanische Delegation schließlich – mehr oder weniger hinter verschlossenen Türen – mit den genannten, aufstrebenden Mächten einen Abkommenstext aushandeln, der ihren ursprünglichen Zielen sehr nahe kam.

Auf der folgenden Klimakonferenz in Cancún im Jahr 2010 ging der neue indische Umweltminister Jairam Ramesh noch einen Schritt weiter und erklärte, jedes Land müsse international bindende Reduktionsverpflichtungen in „geeigneter rechtlicher Form“ akzeptieren; die Umsetzung müsse international beraten und analysiert werden. Diese Position entsprach weitgehend den For-

derungen der Industriestaaten. Unter Druck der indischen Oppositionsparteien und auch „dritt-weltbewegter“ NGOs (die zwar nicht eine aktive Klimapolitik, wohl aber meist Vorleistungen Indiens strikt ablehnen) ruderte der Minister allerdings zurück und lehnte international bindende Verpflichtungen für Indien zum jetzigen Zeitpunkt ab. Er wurde durch den Protest gegen seine proaktive Haltung auf der Konferenz innenpolitisch jedoch so beschädigt, dass er bei der nächsten Kabinettsumbildung gegen Jayantthi Natarajan ausgetauscht wurde, die dann auch auf der folgenden Klimakonferenz in Durban (Ende 2011) wieder die übliche Litanei vom „armen Indien“ anstimmte, dem man keine größeren Verantwortlichkeiten aufbürden dürfe.

Indiens nationale Klima- und Energiepolitik

Diesem Vor und Zurück auf der globalen Bühne ging zeitlich ein deutlicher Schwenk zu einer stärker klimafreundlichen und energiesparenden Entwicklungspolitik im nationalen Rahmen voraus. Indien ist einer der wenigen Staaten, in dem Umweltschutz Verfassungsrang hat, abgestützt durch eine beträchtliche Anzahl spezifischer Gesetze, Verordnungen und die Einrichtung von Durchführungs- und Überwachungsbehörden auf der Ebene des Bundes und der einzelnen Bundesstaaten. Das staatliche Umweltmanagement brauchte schon um die Jahrtausendwende (zumindest auf dem Papier, weniger bei der Umsetzung) keinen Vergleich mit jenem entwickelterer Staaten zu scheuen. Nach dem Jahr 2005 wurde zudem eine Fülle neuer Initiativen lanciert: So verlangt die National Environmental Policy aus dem Jahr 2006 die Einbeziehung der Umweltbelange in alle staatlichen Entwicklungsaktivitäten; sie sieht die Harmonisierung und Dezentralisierung der Umweltverträglichkeitsprüfungen und die bessere Überwachung ihrer Umsetzung, den Schutz der Küsten- und Bergregionen, Wiederaufforstung (auf einem Drittel der Gesamtfläche), die Förderung der Energieeffizienz und von Öko-Labeln, finanzielle Anreize für den Wechsel zu sauberen Technologien und die Verringerung der Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung vor. Vertreter der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nahmen an der Erstellung dieser Strategie teil und sollen auch ihre Umsetzung bewerten. Auf ihr basiert der National Action Plan on Climate Change (2008), der spezifischere

Umsetzungsaktivitäten identifiziert und acht nationale Missionen vorsieht, von denen zwei (jene zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Entwicklung der Solarenergie) bereits operativ geworden sind. Auch dieser Plan kam unter Mitarbeit von Vertretern der genannten Gruppen zustande.

Die Integrated Energy Policy wurde bereits im Jahr 2006 verabschiedet. Sie soll die Energieeffizienz in allen Wirtschaftssektoren verbessern helfen, eine Umschichtung zum öffentlichen Nahverkehr bewirken, für den beschleunigten Ausbau der Wasserkraft und der Nuklearenergie sowie eine gesteigerte Produktion von Biokraftstoffen und einen Ausbau der Forschungsförderung für saubere Energien sorgen. Im Nachgang zu diesem Strategiedokument wurde ein neuer Kodex für die Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden eingeführt und Großunternehmen wurden zur Erstellung von Energiebilanzen gezwungen. Die National Urban Transport Policy (2006) fordert zudem die stärkere Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs und die gerechte Aufteilung des Verkehrsraumes (zugunsten von Fußgängern und Fahrradfahrern). Im gleichen Jahr wurde auch die Angabe des Energieverbrauchs bei Haushaltsgeräten zur Pflicht gemacht. Gleichzeitig wurden die Einspeisungsvorschriften für regenerative Energie erhöht und konventionelle Kraftwerke verpflichtet, superkritische (= die effizientesten) Technologien einzubauen. Ein Jahr später folgte ein neuer Kodex zur Energieeinsparung für kommerzielle Baulichkeiten. Zuletzt bereitete eine Arbeitsgruppe der Plankommission eine detaillierte Liste für die anvisierten Energieeinsparungen in bestimmten Sektoren (Stahl, Zement etc.), für Haushaltsgeräte und den angestrebten Übergang zum öffentlichen Nahverkehr vor, mit dem Ziel, bis zum Jahr 2020 33 bis 35 Prozent der Energie gegenüber dem ansonsten zu erwarteten Verbrauch einzusparen. Größere Betriebe wurden gezwungen, Energiemanager einzustellen und über realisierte Einsparungen jährliche Berichte abzuliefern; der Anteil der von den Stromverteilungsunternehmen einzuspeisenden erneuerbaren Energie wurde ebenfalls erhöht.

Diese Maßnahmen ergeben eine eindrucksvolle Liste. Übertriebener Optimismus ist allerdings nicht angezeigt, nimmt man das Schicksal früherer Programme zum Maßstab. Diese Zurückhaltung in der Bewertung ist auch angebracht, wie die folgenden Punkte zeigen:

- Das zentrale Umweltministerium ist nach wie vor politisch recht schwach und benötigt die Zustimmung zahlreicher anderer Ministerien für die Einleitung und Umsetzung seiner Strategien.
- Die Zielsetzung der meisten Maßnahmen ist mehr die Einsparung von Energie denn der Schutz der Umwelt oder die Rettung des Weltklimas. Wo beide Ziele in Konkurrenz zueinander stehen, gewinnt die Energiesicherung die Vorhand, wie etwa beim weit in die Zukunft projizierten Vorrang der Kohle in der Stromproduktion.
- Der Schutz der Umwelt und des Klimas erfolgt immer noch weitgehend nach dem Muster hierarchischer Anordnung und Kontrolle und verlässt sich auf relativ grobe Instrumente wie die angedrohte, politisch oftmals schlecht durchsetzbare Betriebsschließung statt auf handelbare Zertifikate (die nun aber eingeführt worden sind) oder Steueranreize.
- Die Einhaltung von Umweltauflagen wurde bislang in Indien nicht strikt erzwungen. So haben nur etwa 50 Prozent der überwachten Betriebe die Auflagen erfüllt; die Klein- und Mittelbetriebe, die für 70 Prozent der industriellen Emissionen verantwortlich sind, werden davon gar nicht erfasst. Regelverstöße müssen durch die völlig überlasteten indischen Gerichte geahndet werden. Schließlich sind die Überwachungsinstitutionen personell und finanziell unzureichend ausgestattet (World Bank 2008).
- Die indischen Ziele für den Ersatz fossiler durch regenerative Energiequellen, die Energieeinsparung oder die Aufforstung, sind schließlich deutlich weniger ehrgeizig als diejenigen der VR China. So sieht die Plankommission den Anteil der regenerativen Energien am Gesamtverbrauch nur bei 5 bis 6 Prozent, etwa die Hälfte der Vorgabe in China. Die Planerreicherung hinkt immer noch deutlich hinter dem Soll her (bei Wasserkraft der Inbetriebnahme neuer, effizienter Kraftwerke und der Absenkung der Stromübertragungsverluste) und manche der neu gebildeten Missionen sind einfach noch nicht vom Fleck gekommen.
- Der letzte und wichtigste Punkt ist jedoch, dass die indischen Energiepreise für die Konsumenten noch längst nicht dem internationalen Niveau angepasst wurden, obwohl im letzten Jahr zumindest mit den Preisen für Diesel und Benzin ein Anfang gemacht wurde. Das Subventionsniveau für Strom und Haushaltsenergie ist

beispiellos hoch (IEA 2011); die genannten sozialen Ziele dieser Bezuschussung (Armutslinderung) werden verfehlt, weil v.a. die Bauern mit größeren Betriebsflächen, die bei Wahlen ein beträchtliches Gewicht entfalten, dadurch gefördert werden. Keine Frage, dass diese Politik den verschwenderischen Umgang mit Energie fördert und die Treibhausgasemissionen erhöht.

Ursachen des Positionswandels

Insgesamt muss die rhetorische Ambition der indischen Regierung in Sachen Klimapolitik ins Verhältnis zur niedrigeren Zielerreichung und den durchaus noch vorhandenen institutionellen Defiziten gesetzt werden. Dabei ist festzustellen, dass sich die Haltung der indischen Regierung zur Klimafrage gegenüber früher deutlich gewandelt hat. Auch wird durchaus erkannt, dass eigene politische Fehlentscheidungen für die steigenden Emissionen des Landes verantwortlich sind.

Es können mehrere Ursachen für diesen Positionswandel identifiziert werden:

Auf der internationalen Ebene fand Indiens traditionelle Klimarhetorik immer weniger Anhänger, gerade auch unter Entwicklungsländern. Seine Regierung und die der anderen Schwellenländer kam klimapolitisch unter Druck der Allianz von 43 Inselstaaten, der meisten afrikanischen Länder und selbst der Nachbarstaaten in Südasien. Diese sich erstmals in Kopenhagen abzeichnende Spaltung wurde von den etablierten Industriemächten natürlich ausgenutzt, mit dem Ergebnis, dass China, Brasilien, Indonesien und Südafrika im Vorfeld der Konferenz einseitige, freiwillige Reduktionsverpflichtungen abgaben. Indien sah sich unter diesen Umständen genötigt nachzuziehen. Das wiederholte sich später ähnlich in Cancún. Es kommt hinzu, dass die indische Regierung vom häufiger geäußerten Bestreben geleitet wird, international als verantwortlicher Partner (der anderen großen Mächte) wahrgenommen zu werden, der einen angemessenen Platz im UN-Sicherheitsrat und den wichtigsten internationalen Organisationen einzunehmen berechtigt ist. Die Zulassung in den innersten Zirkel der Mächtigen ist kaum zu erreichen, wenn man die Eintrittskosten in Form höherer Eigenbeiträge nicht zu übernehmen bereit ist. Indien wird von den ärmeren Entwicklungsländern durchaus schon in einer anderen Klasse gesehen, einer, der es ebenfalls ansteht, jenen noch

Spielraum für Emissionen zu lassen, die sich Minderungsaktionen weniger gut leisten können. Es kommt hinzu, dass Indien in Kopenhagen nicht allzu viel versprechen musste: Die Minderung der Emissionsintensität der indischen Volkswirtschaft um 20 bis 25 Prozent bis zum Jahr 2020 würde das Volumen der Emissionen wachstumsbedingt immer noch verdoppeln und würde auch keine heroischen Bemühungen verlangen, sondern lediglich die Fortführung der bisherigen Minderungsbemühungen (Rai und Victor 2009). Das kann kaum als großes Opfer qualifiziert werden. Würden zudem alle Maßnahmen umgesetzt, welche die Emissionen Indiens auf den internationalen Durchschnitt bringen würden und die mit den bekannten Technologien möglich wären, könnte die Emissionsintensität nach Eigenangaben der indischen Regierung um 35 Prozent gesenkt werden (Government of India 2008).

Zuletzt musste die indische Regierung auch die Hoffnung begraben, dass eine Lösung des Klimaproblems allein durch einseitige Aktionen der etablierten Industriestaaten oder durch deren großzügige Hilfe beim stark vergünstigten Transfer von klimaschonenden Technologien an die ärmeren Staaten gefunden werden könne. Die USA haben das Kyoto-Protokoll nie ratifiziert, andere Industriestaaten ihre daraus folgenden Verpflichtungen nicht erfüllt oder drohten sogar abzuspringen, die Entwicklungsländer insgesamt waren zu keinen bindenden Minderungen verpflichtet. Damit schrumpfte der Kreis derjenigen, die das Weltklima hätten retten können, auf einen ziemlich engen Zirkel. Der in Cancún vereinbarte Green Climate Fund wird erst im Jahr 2020 seine Tätigkeit – wenn die erforderliche Mittelausstattung von 100 Mrd. USD überhaupt zustandekommt – voll aufgenommen haben und Indien rechnet schon jetzt nicht damit, zu den Begünstigten der Mittelvergabe zu gehören. Daher ist nicht nur für Indien, sondern auch die anderen Schwellenländer Selbsthilfe angesagt.

Auf der nationalen Ebene haben die indische Regierung und etliche einflussreiche Interessengruppen erkannt, dass Indien zur Gruppe jener Länder gehören werde, die von der Erderwärmung am schlimmsten betroffen sein werden. Vor allem die Landwirtschaft, in der noch fast 60 Prozent der Beschäftigten tätig sind, würde unter zunehmenden Dürren und Überflutungen zu leiden haben. Das Abschmelzen der Gletscher im Himalaya würde zum Anstieg des Wasserspiegels führen und die Lebensgrundlagen der zahlreichen tief liegen-

den indischen Distrikte zerstören. Am schlimmsten von diesen Entwicklungen wären die ohnedies schon armen Bevölkerungsschichten auf dem Lande betroffen.

Auch ist das für das Wachstum in Indien nötige Energieangebot keineswegs gesichert. Soll dieses im gewünschten Tempo anhalten, muss sich dieses Angebot bis zu den Jahren 2030/2031 um das Fünffache steigern. Es wird bislang im Wesentlichen durch schadstoffreiche, wenig ergiebige indische Kohle, aber auch durch rasch steigende Importe an Öl und Gas gedeckt. Bei diesen Energieträgern gehen aber die internationalen Reserven zurück, der Produktionsgipfel wird nach seriösen Prognosen wohl in etwa einer Dekade erreicht werden. Indien muss daher zukünftig, koste es fast was es wolle, erstens Energie einsparen und zwar unabhängig vom drohenden Klimawandel. Es muss zweitens den Ausbau regenerativer Energien vorantreiben. Beides wird zwangsläufig positiven Einfluss auf das Volumen der indischen Treibhausgasemissionen haben. Es verwundert daher auch nicht, dass indische Industrievereinigungen, die lange Zeit wegen der befürchteten Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum und die von den Betrieben zu tragenden Kosten Gegner einer proaktiven Umwelt- und Klimapolitik waren, sich inzwischen mehrheitlich für eine Reduktion der absoluten indischen Emissionen aussprechen und folglich den traditionellen Kurs der indischen Regierung in der internationalen Klimapolitik nicht mehr unterstützen (FICCI 2009). Zudem ist die Konkurrenzfähigkeit der indischen Windkraft- und Solarindustrie so weit gestiegen, dass sich diese industriellen Kreise von einem Politikwechsel auch Chancen auf dem Weltmarkt erhoffen. Zurzeit engagieren sich immerhin schon 90 Prozent der größeren indischen Industriebetriebe in grünen Initiativen, wahrscheinlich nicht nur aus kurzfristigem Profitinteresse, sondern auch um sich national/international ein ökofreundliches Image zu verschaffen. Dazu kommen die immer zahlreicher werdenden NGOs, die einen umweltfreundlicheren Kurs fordern und Abholzung, d.h. den „Landraub“ für industrielle und Infrastrukturprojekte, bekämpfen. Sie werden von einer aktiven Justiz unterstützt, die auf Umsetzung der umweltbezogenen Gesetze dringt. Selbst die politischen Parteien, die in der Vergangenheit in ihren Programmen das Thema Umwelt- und Klimaschutz weitgehend ignoriert haben, vollziehen einen langsamen, aber doch merklichen Schwenk.

Schlussbemerkung

All diese Phänomene und Entwicklungen bedeuten nicht, dass wir auf einen radikalen Wandel der indischen Klimapolitik hoffen dürfen. Dazu ist das politische Gewicht jener Wählergruppen und Unternehmen, die von der bisher verfolgten, klimaschädlichen Energiepolitik profitieren, einfach noch zu groß. Eine Umstellung ist teuer, die vorhandenen Anlagen zur Verbrennung der heimischen Kohle sind noch längst nicht abgeschrieben und der Aufbau von Alternativen benötigt Zeit. Eine Umstellung wird damit auch Wachstum kosten, sicher nicht so viel, wie von interessierten Kreisen geunkt wird, aber auch nicht in zu vernachlässigender Masse. Auch international ist die indische Regierung noch nicht so weit, den zumindest verbalen Schulterchluss mit den übrigen Entwicklungsländern aufzugeben, solange er noch Vorteile verspricht. Das zeigt auch die Rückkehr der indischen Delegation auf der Konferenz in Durban zu ihrer üblichen Rhetorik. Nimmt man aber die nationale und internationale Position zusammen, so ist dennoch eine gewisse Bewegung in der indische Klimapolitik zu konstatieren. In dieser Haltung müssen sie sich durch das klimapolitische Abseitsstehen wichtiger Industriestaaten bestärkt sehen. Dennoch ist insgesamt Bewegung in die indische Klimapolitik gekommen, die langfristig Anlass zur Hoffnung gibt, dass Indien deutlich mehr Eigenanstrengungen zum Klimaschutz ergreift.

Literatur

- ABB (2011), *Trends in Global Energy Efficiency 2011. An Analysis of Industry and Utilities*, Zürich: ABB.
- Asian Development Bank (2011), *Asia 2050. Realizing the Asian Century*, Manila: ADB.
- Dubash, Navroz K. (2009), *Towards a Progressive Indian and Global Climate Politics*, Working Paper, 1, New Delhi: Centre for Policy Research.
- Ellis, Karen, Bryn Baker und Alberto Lemma (2009), *Policies for Low Carbon Growth*, ODI Research Report, London: Overseas Development Institute.
- FICCI (Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry) (2009), *FICCI'S 100 Day Action Agenda for the New Government*, New Delhi: FICCI.
- Government of India (2008), *National Mission for Enhanced Energy Efficiency. Draft Mission Document: Implementation Framework*, New Delhi: Ministry of Power.
- IEA (International Energy Agency) (2011), *World Energy Outlook 2011*, Paris: IEA.
- IEA (International Energy Agency) (2010), *World Energy Outlook 2010*, Paris: IEA.
- Prasad, H. A. C., und J. S. Kochher (2009), *Climate Change and India – Some Major Issues and Policy Implications*, New Delhi: Government of India, Ministry of Finance.
- Rai, Varun, und David G. Victor (2009), Climate Change and the Energy Challenge: A Pragmatic Approach for India, in: *Economic and Political Weekly*, XLIV, 31, 78-85.
- Rajamani, Layana (2007), *India's Negotiating Position in Climate Change: Legitimate But Not Sagacious*, Issue Brief 2, New Delhi: Center for Policy Research.
- Saran, Shyam (2009), Der Weg nach Kopenhagen, in: *Perspektiven Indien*, April-Juni, 14-25.
- World Bank (2011), *World Development Report 2011. Development and Climate Change*, Washington, DC: World Bank.
- World Bank (2008), *India. Strengthening Institutions for Sustainable Growth. Country Environmental Analysis*, South Asia Environment and Social Development Unit, Washington, DC: World Bank.

■ Der Autor

Prof. Dr. Joachim Betz ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien und apl. Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

E-Mail: <betz@giga-hamburg.de>; Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/betz>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Wissenschaftler am GIGA forschen zu Fragen der Klimapolitik und des Klimaschutzes im Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ und im Forschungsschwerpunkt 3 „Sozioökonomische Herausforderungen in der Globalisierung“, unter anderem im Forschungsprojekt „Klimaschutz, Entwicklung und Gerechtigkeit: Dekarbonisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Baumgartner, Daniel, und Nadine Godehardt (2012), *Chinas Energiepolitik und die Strategien der Nationalen Ölkonzerne*, GIGA Focus Asien, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Betz, Joachim (2012), *India's Turn in Climate Policy: Assessing the Interplay of Domestic and International Policy Change*, GIGA Working Paper, 190, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Betz, Joachim, und Melanie Hanif (2010), *The Formation of Preferences in Two-level Games: An Analysis of India's Domestic and Foreign Energy Policy*, GIGA Working Papers, 142, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Eucker, Dennis, und Jonas Hein (2010), *Klimawandel in Südostasien: Die ASEAN als Wegbereiter einer regionalen Klimapolitik?*, GIGA Focus Asien, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Fuhr, Harald, Markus Lederer und Miriam Schröder (2008), *Neue Formen des Regierens und Klimaschutz durch private Unternehmen?*, GIGA Focus Global, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Never, Babette (2011), *Who Drives Change? Comparing the Evolution of Domestic Climate Governance in India and South Africa*, GIGA Working Papers, 174, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

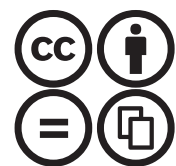
Prys, Miriam (2008), Introduction South Africa, in: Neil Bowerman et al. (Hrsg.), *The G8 and Climate Change since Heiligendamm – Compliance Report for the G8 and Outreach Five Countries 2007-2008*, Oxford/Toronto: G8 Research Group.

Unmüßig, Barbara, und Stefan Cramer (2008), *Afrika im Klimawandel* (Englische Version: *Climate Change in Africa*), GIGA Focus Afrika, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Wojzewski, Thorsten, und Melanie Hanif (2008), *Indiens neue Energiepolitik und ihre geostrategische Bedeutung*, GIGA Focus Asien, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM